



Zusammenstellung der Anregungen der Bürgerinnen und der Bürger aus den Informationsveranstaltungen zum Haushalt.

	Themenbereich	Vorschlag	Zuständige Stelle	Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger zur Finanzierung	Bemerkungen
1.	Verkehr	<u>ÖPNV</u> Infrastruktur verbessern Verzahnung ÖPNV mit der Straßenverkehrsplanung	- 66-		Die Planung des ÖPNV durch die KVG als lokale Nahverkehrsgesellschaft wird mit der Verkehrsplanung der städtischen Ämter regelmäßig abgestimmt.
2.	Verkehr	Vorrang Schaltung ÖPNV	- 66- /KVG/ 205		Flächenhafte ÖPNV-Beschleunigung an Lichtsignalanlagen wird kontinuierlich ausgebaut. Wird berücksichtigt gemäß Nahverkehrsplan der Stadt Kassel vom 27.01.2003.
3.	Verkehr	<u>Straßenbahnnetz</u> Erweiterung/Ergänzung des Straßenbahnnetzes	KVG/ -205-		Ist ständige Planungsaufgabe. Derzeit befindet sich die Tram nach Vellmar in der Planfeststellung.
4.	Verkehr	<u>Radwege</u> Erarbeitung eines Gesamt- radwegekonzeptes	- 66-	Verzicht auf öffentlich finanzierte Prestige-Projekte, die zum großen Teil dem Profitinteresse privater Unternehmen dienen (Flughafenbau und Multifunktionshalle)	Gesamtradwegekonzept („fahrradfreundliches Kassel“) ist vorhanden. Es fehlt Geld dieses umzusetzen.
5.	Verkehr	<u>Fußwege</u> Verbesserte Fußwegführung und Querungsmöglichkeiten von Hauptverkehrsstraßen	- 66-		Verbesserungen für den Fußgängerverkehr (z. B. durch die Beseitigung von Unterführungen) sind bereits realisiert worden. Ansonsten erfolgen diese im Zusammenhang mit anderen Baumaßnahmen (z. B. Bushaltestellenprogramm, Finanzdienstleistungszentrum am Altmarkt). Der Einsatz u. Bau von Fußgängeranlagen richtet sich nach rechtlichen Kriterien.
6.	Verkehr	<u>Verkehrswege</u> Verbesserung der öffentlichen Verkehrswege nach Fuldata	- 66-	Einsparungen bei der Gestaltung der Innenstadt	Der Vorschlag ist im Nahverkehrsplan der Stadt Kassel enthalten. Seitens der KVG wird vor dem Jahr 2010 nicht mit einer Realisierung gerechnet. Die endgültige Entscheidung hängt im Wesentlichen von der Mitfinanzierung durch die Gemeinde Fuldata ab.
7.	Verkehr	<u>Neue Haltestellen</u> Bau zusätzlicher ÖPNV-Haltestellen: Brasselsberg, Kunigundishof	KVG/-205-	Hierbei sollen die Wirtschaftlichkeitsgrundsätze beachtet und Fahrgasterhebungen durchgeführt werden Die Haltestelle Kunigundishof könnte aus den Mitteln	Brasselsberg: Bei konkretem Bedarf und zu großem Abstand vorhandener Haltestellen möglich (nähere Angaben erforderlich) Kunigundishof: Kunigundishof und Kirchgasse wurden wegen zu geringer Abstände und zugunsten des fließenden Verkehrs und der Wirtschaftlichkeit zusammen-

				für die Herrichtung der Leipziger Straße finanziert werden.	gelegt.
8.	Verkehr	<u>Regiotram</u> Zuwendungen zur Regiotram reduzieren, besser aufgeben oder aber später dem Nutzer die Vollkosten in Rechnung stellen (analog wie bei Durchleitungsgebühren für Strom, Telekommunikation)	NVV/ -205 -	Es ist nicht einzusehen, weshalb aus den Einnahmen der Stadt Kassel bzw. der Beteiligungsgesellschaften die Fahrkarten außerhalb wohnender Nutzer unterstützt werden müssen.	Der Betrieb der RegioTram wird ausschließlich aus den erzielten Fahrgelderlösen sowie aus den sog. Regionalisierungsmitteln des Landes Hessen finanziert. Im Rahmen der Einnahmeverteilung werden überdies die Fahrgelderlöse den einzelnen Verkehrsunternehmen zugeschrieben, so dass Aufwendungen und Erlöse im Falle der RegioTram einander zugeordnet werden können. Im Rahmen des Verkehrsvertrages des NVV mit dem Betreiberkonsortium, bestehend aus Regionalbahn Kassel und DB Regio, wird die Finanzierung im Detail geregelt. Die Stadt Kassel beteiligt sich an der Finanzierung des Betriebs der RegioTram weder durch direkte noch durch indirekte Zuwendungen. Dem Nutzer, d.h. Fahrgast sog. Vollkosten in Rechnung zu stellen, würde bedeuten, die Fahrpreise mehr als zu verdoppeln. Wollte man dies umsetzen, wäre dies mit einem beträchtlichen Fahrgastrückgang verbunden und die RegioTram und der übrige SPNV könnten ihre Funktionen nicht mehr wahrnehmen.
9.	Verkehr	<u>Straßenbau</u> <u>Straßensanierung</u> Fahr- bahn- und Straßenbausanierungsmittel sollen nicht reduziert werden.	- 66 -	Keine weiteren ÖPNV-Maßnahmen, da sie ausreichend sind. Das Haltestellenprogramm soll nicht weiter betrieben werden.	Der Auffassung kann man sich anschließen.
10.	Verkehr	<u>DB Bahnübergang</u> Waldecker Straße, Bau des DB Bahnübergang	- 66 -		Nach dem derzeitigen Stand des Planverfahrens ist Ende dieses Jahres mit der Plangenehmigung durch das Eisenbahnbundesamt zu rechnen. Die Baudurchführung ist abhängig von den beiden Vertragspartnern der Stadt DB AG sowie des Landes Hessen für den Abschluss der notwendigen Vereinbarung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz. Das Straßenverkehrsamt wird das Projekt intensiv be-

					schleunigen. Die erforderlichen Eigenmittel der Stadt werden zu gegebener Zeit zur Verfügung stehen.
11.	Verkehr	<u>Verkehrsströme lenken</u> - Die Steuerung der grünen Welle verbessern	- 66 -		Die Vorschläge entsprechen den Zielsetzungen des Straßenverkehrsamtes
12.	Verkehr	- Mehr Kreisel bauen	- 66 -		
13.	Verkehr	- Rechtsabbiegerpfeil einsetzen	- 66 -		
14.	Verkehr	Umbau der Rudolf-Schwander-Straße: Da nur wenige Autofahrer in die Kölnische Straße abbiegen, könnte die Linksabbiegerspur als Geradeausspur eingerichtet werden. Das Linksabbiegen könnte über die Einfahrt zur Wilhelmstraße eingerichtet werden.	- 66 -		Dieser Vorschlag kann nicht umgesetzt werden. (Beispielsweise wegen einer direkten Erreichbarkeit des Parkhauses in der Kölnischen Straße oder der Tiefgarage Kurfürsten-Galerie).
15.	Verkehr	Etwas gegen den Stau Ih-ringshäuser Straße /Eisenschmiede/Endstation unternehmen	- 66 -		Die räumlichen und verkehrstechnischen Möglichkeiten sind begrenzt.
16.	Verkehr	<u>Radwege</u> Die Radwege sollen durchgehend gestaltet werden. Die Lücken an der Frankfurter Straße sollen geschlossen werden.	- 66 -		Dieses ist Zielsetzung des Amtes, wenn Finanzmittel bereitstehen. Ein Lückenschluss kann ggf. auch durch Parallelrouten erfolgen.
17.	Verkehr	<u>Fußwege</u> Fußwege ausbauen	- 66 -		Der Ausbau der Fußwege ist Teil der Aufgaben des Amtes.

18.	Schule	Schulbau Schulbausanierung <u>Schule Schenkelsberg:</u> - Sanierung der Schule Schenkelsberg (Pavillons)	- 40.-/ 65 -		Die Erneuerung der Pavillons ist mit der Planung in 2008 und mit der Realisierung in 2009 vorgesehen.
19.	Schule	- Bessere Planung der Bau- maßnahmen. Beispiel Grün- fläche der Schule Schen- kelsberg	- 40.-/ 65 -		Eine Kinder- und Jugendbeteiligung unter Einbeziehung der städtischen Ämter Gebäudewirtschaft, Schulverwaltungs-, Jugend, Umwelt- und Gartenamt sowie des Ortsbeirates Oberzwehren hat stattgefunden. Insofern sind Planungsdefizite nicht erkennbar.
20.	Schule	<u>Albert-Schweitzer-Schule:</u> - Für die Sanierung der Al- bert-Schweitzer-Schule sind bisher erst im Haushaltsjahr 2009 Mittel vorgesehen.	- 40.-/ 65 -		Für die noch ausstehende Sanierung des Hauptgebäudes der Albert-Schweitzer-Schule sind Kosten in Höhe von insgesamt 3.625.000 € zu finanzieren. Aufgrund der begrenzten Kreditmittel des Jahres 2007, der Fortführung bereits begonnener Umbau- und Erweiterungsprojekte und der Erfüllung von Brandschutz- und Sicherheitsauflagen erster Priorität in anderen Schulen war es nicht möglich, Gelder für die Albert-Schweitzer-Schule im Haushalt 2007 zu veranschlagen. In der mittelfristigen Finanzplanung zum Entwurf des Haushalts 2007 konnten jedoch bauabschnittsweise Jahresbeträge für 2009 mit 908.000 € und 2010 mit 1.605.000 € vorgesehen werden, die im Rahmen der jeweiligen Anmeldungen zu diesen Haushalten in Ansatz gebracht werden.
21.	Schule	-Es wurde mehrfach vorge- tragen, dass der Sanierung dieser Schule Vorrang ein- geräumt werden soll.	- 40.-/ 65 -		
22.	Schule	- Des Weiteren wurde er- klärt, dass kein Mittagstisch möglich ist.	- 40.-/ 65 -		Ein Ortstermin ist vereinbart am 03.11.2006 mit der Schulleitung, Stadträtin Frau Janz, Schulverwaltungsamt und Gebäudewirtschaft, um Lösungsmöglichkeiten auszuloten.
				<ul style="list-style-type: none"> - Keine unnötigen Ver- schönerungen der Stadt (Brunnen; Kö- nigsplatz), - Keine unnötigen Hal- testellen - Einsparungen sind in der Verwaltung, bei diversen Sportstät- ten, bei Sanierung der Museen, durch den Ausstieg beim Bau des Flughafens KS-Calden möglich. 	

23.	Schule	- Die Einführung des Pflichtunterrichts (G 8) ist nicht möglich, da Räumlichkeiten nur unzureichend zur Verfügung stehen.	- 40.-/ 65 -		Unstrittig ist, dass die Einführung des Pflichtunterrichts („G 8“) an Gymnasien zusätzlichen Raumbedarf (Mittagstisch, Freizeitbereich) verursacht. Die Stadt Kassel ist bestrebt, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten entsprechende Räumlichkeiten zu schaffen. Eine Finanzierungsmöglichkeit könnte durch die vom Land Hessen für das Jahr 2007 angekündigte Erhöhung der Schulbaupauschale gegeben sein.
24.	Schule	- Eine Ganztagsnutzung der Schule ist kaum möglich.	- 40.-/ 65 -		
25.	Schule	<u>Friedrichsgymnasium</u> Ausbau der Cafeteria am Friedrichsgymnasium zur Realisierung des pädagogischen Mittagstisches.	- 40.-/ 65 -		Es ist vorgesehen, den Musiksaal provisorisch für eine Nutzung als „Mittagstisch“ umzubauen. Die Finanzierung der Maßnahme muss noch geklärt werden.
26.	Schule	<u>Kooperation</u> Schulleitungen sollen in Bauplanungsprozesse einbezogen werden.	- 40.-/ 65 -		Der Abstimmungsprozess zwischen dem Schulverwaltungsamt, Gebäudewirtschaft und den Schulleitungen wurde bereits eingeleitet.
27.	Schule	<u>Wilhelmsgymnasium Neubau Sporthalle</u> Verzicht auf den Neubau der Sporthalle am Wilhelmsgymnasium.	- 52 -/ 40 -	Es könnte auf den Neubau der Sporthalle am Wilhelmsgymnasium verzichtet werden. Durch Umnutzung der vorhandenen Gebäude könnte Sportunterricht sicher gestellt werden. So kann z. B. das nahegelegene Kasernengebäude umgestaltet werden. Möglicherweise könnten hierfür EU-Fördergelder beantragt werden.	Sportamt und Schulverwaltungsamt haben nach einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im November 2005 den Bedarf an überdachten Sportstätten ermittelt. Für den seit über 20 Jahren unstreitig bestehenden Bedarf im Einzugsbereich Bad Wilhelmshöhe/West kommt als notwendiger Standort das Wilhelmsgymnasium in Betracht. Neben der dringenden Abdeckung des Sportschulunterrichts für ca. 2500 Schülerinnen und Schüler, insbesondere am Wilhelmsgymnasium, Heinrich-Schütz-Schule und der Schule Am Heideweg, ist der Bau einer Drei-Felder-Halle für sieben Kasseler Sportvereine unverzichtbar und unaufschiebbar. Der Magistrat hat diese Stellungnahme bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs berücksichtigt und die erforderlichen Mittel eingeplant

28.	Schule	Schulausstattung - Mangelhafte PC-Ausstattung an der Schule Schenkelsberg			Die Schule besitzt 14 PC für Unterrichtszwecke. In 2005 gab es mehrere Einbrüche und den Diebstahl von 8 Unterrichts-PC. Die am 27.10.2005 als Ersatz gelieferten PC wurden in Absprache mit der Schule im Keller eingelagert, damit zunächst ein neuer EDV-Raum ausgestattet werden konnte. Nachdem die IT-Beauftragte der Schule am 01.08.2006 ihr Sabbatjahr beendet hat, könnten die PC im EDV-Raum jetzt angeschlossen werden. Auch die im neuen EDV-Raum technisch noch erforderlichen Anschlussstecker sind bestellt, so dass die PC in Kürze für Unterrichtszwecke zur Verfügung stehen dürften.
29.	Schule	- Verstärkter Mitteleinsatz von Schul- und Jugendhilfemaßnahmen zur Verbesserung von Bedingungen in KITA und Grundschulen in Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf.	- 51 -	Finanzierungsumschichtung zu Lasten anderer Stadtteile. Solidarausgleich für kleinere Gruppen und mehr Betreuung zur Integration.	Stadtteile mit besonderen sozialen Problemlagen erhalten bereits zusätzliches Personal bei höherem Anteil zu betreuender ausländischer Kinder. Außerdem sind hier die Betreuungsgruppen kleiner. Auch im Rahmen der täglichen Arbeit werden verstärkt besondere Projekte (z.B. Sprachförderung) durchgeführt. In Einzelfällen werden bei Erziehungshilfebedürftigkeit (Erziehungshilfen im Hort) zusätzliche Fachkraftstunden zur Verfügung gestellt.
30.	Schule	Schule Einrichtung eines Netzwerks der Schulträger	- 40 -		Eine Kooperation der Stadt Kassel mit dem Landkreis Kassel besteht bereits bei der Schulentwicklungsplanung, insbesondere in den Bereichen Gymnasien, Förderschulen und berufliche Schulen.
31.	Schule	Unterstützung der Arbeit	- 11 -/ 40 -/		Die Arbeit der Elternbeiräte und des Gesamtelternbeira-

		der Elternbeiräte (KITA & Schule) durch Einrichtung einer Stelle bei der Stadt (Schulverwaltungsamt/Jugendamt)	-51 -		tes wird durch die jeweilige Kita-Leitung bzw. die Abteilungsleitung im Jugendamt unterstützt (bedarfs- und nachfrage-bezogene Hilfestellungen). Im Rahmen von regelmäßigen Elternbefragungen werden Eltern in die Qualitätsentwicklung der städtischen Kindertagesstätten einbezogen. In den Sitzungen des Gesamtelternbeirats stehen jeweils neben den alltagsorganisatorischen Fragen pädagogische Fragen der Kleinkinderziehung auf der Tagesordnung. Eltern und Elternbeiräte sind eng in die Jahresplanung der Kindertagesstätten mit einbezogen Gegenwärtig bildet der Übergang vom Kindergarten in die Schule einen der Schwerpunkte in der Arbeit der Kindertagesstätten (im Zuge der Erarbeitung des Hess. Bildungs- und Erziehungsplans).
32.	Schule	Umweltbildung und Geschlechterpädagogik (Kindergarten bis Oberstufe)	- V -		Im Elementarbereich sind kindgemäßes Lernen und Erfahren von sozialer und natürlicher Umwelt und der Erwerb von Kompetenzen zentrale Aspekte von Erziehungs- und Bildungsarbeit mit Kindern im Kindergartenalter. Vorhandene Einrichtungen wie das Wassererlebnishaus, das Naturkundemuseum, der Botanische Garten u. a. werden dabei mit einbezogen. Eine Reihe von Kindertagesstätten hat den Schwerpunkt Waldpädagogik.
33.	Jugend	<u>Jugendtreff</u> Einrichtung eines „Schönen Jugendtreffs“ in der Innenstadt	- 51 -		Neben dem Mädchentreff am Karlsplatz gibt es seit kurzem noch das Jugendcafé in der Treppenstraße (CVJM). Diese Aktivität wird von dem Jugendbereich der evangelischen und katholischen Kirchengemeinde Kassels bzw. DW und Caritas, dem Kasseler Jugendring und dem CVJM getragen. Die Stadt Kassel verfolgt ansonsten ein Konzept dezentraler Jugendtreffpunkte in den Stadtteilen.
34.	Jugend	<u>Spielplätze</u> Mehr Spielplätze einrichten	- 67 -/ 51 -		Im Zuge der Umsetzung des Stavo-Beschluss vom 06.11.2000 –Nr.1004- erfolgt jeweils ortbeiratsbezogen

					die Spiel- und Freiflächenplanung. Flankiert werden diese Bemühungen durch zahlreiche Beteiligungsverfahren bei der Grundsanierung und bei der Umgestaltung von Spielplätzen in engem Zusammenwirken des Umwelt- und Gartenamtes mit dem Kinder- und Jugendbüro des Jugendamtes.
35.	Kultur	<u>Attraktivere Innenstadt</u> - Veranstaltungen Karlsaue - Sonntags Jazzkonzerte - Bessere Kultur-/Musikprogramme im Zentrum und in leerstehenden, preiswert renovierten Räumen	- 41 -		Die Innenstadt ist eine Kulturmeile mit vielen kulturellen Einrichtungen hauptsächlich im musealen Bereich (Stadtmuseum, Ottoneum, Fridericianum, Brüder Grimm-Museum, Hessisches Landesmuseum). Zudem finden sich viele weitere kulturelle Einrichtungen wie das Staatstheater, documenta Archiv, Kulturhaus Dock 4, Open Air Kino, Innenstadtkirchen mit umfangreichen Theater-, Konzert- und Filmprogrammen. Verschiedene Märkte (z.B. Weihnachts- und Ostermarkt, veranstaltet von Kassel Tourist), Feste wie das Stadtfest, „Ab in die Mitte“, Kasseler Freyheit, Museumsnacht, Kasseler Musiktage etc. bespielen die Innenstadt zudem temporär. In erster Linie ist der Erhalt der bereits bestehenden kulturellen Angebote und Einrichtungen in der Kasseler Innenstadt sowie in der innenstadtnahen Karlsaue (Kulturzelt, Physikalisch-Astronomisches Kabinett; Marmorbad, etc.) zu sichern. Eine Ausweitung der Bespielung ist mit den Innenstadtkaufleuten und Kassel Tourist zu diskutieren. Im Rahmen der documenta und des documenta-Stadtprogramms sind im Jahr 2007 sicherlich verstärkte Aktivitäten sowohl in der Innenstadt als auch in der Karlsaue zu erwarten.
36.	Kultur	<u>Ausstattung von Kultureinrichtungen</u>	- 41 -		Die Absicherung und der Erhalt der Kasseler Kultureinrichtungen sind das erklärte Ziel des Kulturdezernats der

		Verbesserung der Einrichtung im Dock 4 und im Waldauer Bürgerhaus			<p>Stadt Kassel. Hier gibt es unterschiedliche und vielfältige Aufgaben. Das Kulturhaus Dock 4 ist ein kommunales Kulturzentrum, in dem die Kinder- und Jugendtheater, Kleinkunst, Tanz sowie die regionale Musikszene einen wichtigen Präsentations- und Aufführungsort haben, den es zu erhalten gilt und der weiter ausgebaut werden soll.</p> <p>Die Ausstattung mit Mobiliar und anderen Gegenständen zur Durchführung von Veranstaltungen im Bürgerhaus Waldau ist adäquat und steht im Verhältnis zu anderen Bürgerhäusern. Bisher stehen jedes Jahr 8.000,00 € im Investitionshaushalt zur Verfügung. In diesem Jahr sind 600,00 € zur Verbesserung der Präsentation für das Bürgerhaus Waldau vorgesehen. Weiter ist in diesem Jahr eine Erneuerung der Küche im Familienzentrum und Sitzausstattung im Wartebereich durch Mittel des Runden Tisches erfolgt. Die notwendigen baulichen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit sind für das Jahr 2007 vorbereitet.</p>
37.	Kultur	<u>Kulturförderung</u> Mehr Unterstützung für soziokulturelle Projekte (z.B. Werkstatt Kassel, Offenes Wohnzimmer, TRA.FO).	- 41 -	Finanzierung durch (wörtliches Zitat): „Durch Ausstieg aus dem Flughafen-Ausbau KS-Calden und Verhinderung von öffentlich-privaten Partnerschaften und des Teilbereichs von städtischem Eigentum.	Die soziokulturellen Projekte Werkstatt Kassel, Offenes Wohnzimmer, Trafohaus am Lutherplatz machen z. T. seit 20 Jahren einen wichtigen Bestandteil des kulturellen Lebens in Kassel aus. Trotz geringer öffentlicher Fördermittel wird hier mit hohem vor allem ehrenamtlichen Engagement qualifizierte, niedrigschwellige Kulturarbeit geleistet. Diese Arbeit gilt es in erster Linie zu erhalten.
38.	Kultur	<u>Denkmalschutz</u> Hinweistafeln an Gebäuden anbringen, die unter	- 41 -		Der Vorschlag wird grundsätzlich als sinnvoll angesehen. Im Haushalt sind jedoch aktuell keine Mittel vorgesehen.

		Denkmalschutz stehen.			
39.	Kultur	- Einsparung bei Sanierung und durch Neuordnung der Museen.	- 41 -		
40.	Kultur	- In Kulturhäusern keine weiteren Kaffeecken und Kneipen zulassen - Für Konzertzuschauer keine Fußballtribünen errichten	- 41 -/Ks Tourist GmbH/ - 205 -	- Keine unnötigen Bauten ohne Tradition - Unprofessionelle Archive und Bibliotheken schließen - Reduzierung des Verwaltungspersonals in Kulturhäusern - Im Staatstheater könnten Rentner/Ehrenamtliche als Statisten eingesetzt werden	Die Zahlung eines Kulturbeitrages für Hotels ist in Deutschland nicht üblich. In Kassel zahlen die Hotels einen Beitrag in Form der Kurtaxe und beteiligen sich mit finanziellen Leistungen oder Sachleistungen an der Vermarktung der Kultur in Verbindung mit touristischen Aufenthalten in Kassel. Dies tun sie durch gemeinsame Messeauftritte, Anzeigenkampagnen oder finanzielle Beteiligung an unserer Prospekterstellung.
				- Hotels sollen Kulturbeitrag leisten	
41.	Kultur	<u>Musikalische Bildung</u> - Musikstudenten sollen Übungsräume in Sporthallen zur Verfügung gestellt	- 41 -		Übungen in Sporthallen waren gegebenenfalls für Orchesterproben möglich. Dazu wären allerdings seitens der Fachdozenten die Frage der Eignung zu prüfen (Logistikprobleme: Akustik, Bühnenaufbauten, Notenpulte,

		werden			geeignete Bestuhlung, Instrumententransport etc.).
		- Orgelunterricht in Kirchen organisieren			Die Musikakademie hat derzeit keine Nachfrage bezüglich Orgelstudium; sollte künftig eine nennenswerte Nachfrage entstehen, würde seitens der Musikakademie versucht werden, einen Orgelprofessoren aus den Reihen der Kasseler Kirchenmusiker zu gewinnen. Das Problem des an der Musikakademie nicht vorhandenen Instruments könnte dann mit der entsprechenden Person unter Berücksichtigung schuljuristischer Voraussetzungen (Versicherungsschutz, Übungsmöglichkeiten, Prüfungsabnahme) verhandelt werden.
42.	Bürgerservice	<u>Zentralisierung Bürgerservice</u> Stadt Kassel prüft, ob Bürgerservice auch zentral gewährleistet werden kann. Durch die Zentralisierung würden Personal- und Mietkosten eingespart werden können. Das Thema wurde intensiv diskutiert.	- 33 -		Entscheidung bis Ende 2006 auf Grundlage eines im November von -33- vorzulegenden Berichts.
43.	Bauen	<u>Friedhofskapelle</u> Erweiterung der Friedhofskapelle Oberzwehren	- 60 -	Stadtteil organisiert Spenden	Es sind keine Erweiterungen von Friedhofskapellen vorgesehen. Mittel für Planungs- und Baukosten können derzeit nicht zur Verfügung gestellt werden. Die im Haushalt unter Friedhöfe veranschlagten 100.000 Euro sind ausschließlich für dringend durchzuführende Sanierungsarbeiten an Friedhofskapellen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht vorgesehen.
44.	Bauen	<u>Multifunktionshalle</u>	- 63 -	Ausstieg aus dem Projekt	Die städtischen Mittel für den Bau der Multifunktions-

		Die Mittel für Multifunktionshalle sollen zielorientiert eingesetzt werden.		Flughafen, Sanierung der Museen zurückstellen.	halle sind durch Beschluss der Stadtverordneten zweckgebunden zu verausgaben und werden nur zur Finanzierung der Infrastrukturmaßnahmen verwendet. Die Zustimmung des RP zur zusätzlichen Kreditaufnahme liegt vor. Die anderen genannten Projekte stehen dazu in keinem Sach- und Finanzierungszusammenhang.
45.	Bauen		- 23 -	Grundstücke und Erschließung nicht kostenlos zur Verfügung stellen, sondern marktüblich verkaufen.	Siehe hierzu Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.10.2005
46.	Bauen	<u>Toiletten</u> Toiletten im Wilhelmshöher Bahnhof	- 60 -		Im Rahmen der Standortplanung öffentlicher Toiletten im Stadtgebiet Kassel findet der Bahnhof Wilhelmshöhe keine Berücksichtigung, da nach unserem Kenntnisstand dort Toiletten vorzuhalten sind und auch vorgehalten werden. Diese liegen innerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Bahn.
47.	Stadtentwicklung	<u>Gestaltung der Innenstadt</u>	-63-	- Keine Brunnen am Königsplatz - Keine unnötigen Haltestellen	Brunnen und Haltestellen auf dem Königsplatz sind in Betrieb und erfreuen sich großer Beliebtheit.
48.	Stadtentwicklung	<u>Stadtteilentwicklung</u> - Bürger sollten im Vorfeld beteiligt werden - Stadt(teil)-entwicklung sollte besser abgestimmt werden - Verschönerung der einzelnen Stadtteile (z.B. Bettenhausen)	- 63 -	- Im Straßenbau sind die Arbeitsabläufe besser zu koordinieren - weniger Verschwendung für Gutachten aber auch für Planung von Projekten oder Maßnahmen, die keiner will oder die unnötig Kosten verursachen	Die Bürger werden grundsätzlich zum frühestmöglichen Zeitpunkt beteiligt. In Bebauungsplanverfahren ist diese Verfahrensweise z. B. gesetzlich vorgeschrieben. In fast allen Fällen ist es jedoch sinnvoll zunächst Planungsinhalte zu entwickeln um eine Gesprächsgrundlage zu haben. An diesem Punkt scheiden sich gerade bei der Beteiligung der Ortsbeiräte die Geister, insbesondere bei kontroversen Positionen zu Planungsinhalten. Es kann nur auf das jeweilige Planverfahren bezogen eine entsprechende Regelung im Dialog gefunden werden.
49.	Stadtentwicklung		- 63 -	Reduzierung der Mittel für die Gestaltung der Innenstadt	Die Innenstadt ist die Visitenkarte der Stadt. Daher müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Nach Bedarf auch für die einzelnen Ortsteile
50.	Stadtentwicklung	<u>Bordell Brückenhof</u> - Kein Bordell im Brücken-	- 63 -		Für das Bordell bestand ein Rechtsanspruch auf Baugenehmigung. Das Bordell hat mit einer öffentlichen In-

		hof - Statt eines Bordells soll ein Bürgerhaus gebaut werden			vestition, wie z. B. für ein Bürgerhaus nichts zu tun.
51.	Stadt-entwicklung	<u>Strategien</u> Projektmanagement und andere soziale und stadtentwicklungspolitische Strategien - Masterplan und Mastermanagement, strategisches, integrierendes Projektmanagement z. B. für Soziale Stadt + lokales Bündnis für Familie + Agenda 21 + LOS + - URBAN II	- 63 -		Der Einsatz der europäischen und nationalen Förderprogramme wird für die Stadterneuerung mit der Strategie höchstmöglicher Effizienz geplant. Die Durchführung erfolgt nach aktuellen Methoden der Planung und des Projektmanagements.
52.	Umwelt	<u>Feinstaubbelastung</u> 20.000,00 € für ein wissenschaftliches Gutachten zur Ermittlung der Feinstaubbelastung	- 67 -	Aus Verkehrsplanungsmitteln	Aus Sicht der Verwaltung ergibt ein weiteres Gutachten keine neuen Erkenntnisse über die Feinstaubbelastung. Die vom Land Hessen eingerichteten Messstellen decken die höchstbelasteten Stellen ab. Weitere detaillierte Messungen führen zu interessanten Einzelerkenntnissen, ohne neue Schlussfolgerungen für den stadtweiten Bezug.
53.	Gesundheit	<u>Polikliniken</u> Polikliniken mit allen Fächern in der ganzen Stadt	- 53 -	Verzicht auf Ausbau des Klinikums	Unter dem Begriff Poliklinik oder ähnlichen Modellen wie Medizinische Versorgungszentren versteht man in der aktuellen Gesundheitsdiskussion das Konzept von

					<p>fachübergreifenden Praxen, in denen größtenteils angestellte Ärzte verschiedener Fachrichtung für die ambulante Versorgung der Patienten zuständig sind. Teure Apparate (z. B. Röntgengeräte) werden gemeinsam genutzt, die Verwaltung ist zentral und die angestellten Ärzte erhalten ein festes Gehalt. Patienten haben bei Weiterbehandlungen und Überweisungen innerhalb der Poliklinik keinen Zeitverlust und keine langen Geh- oder Fahrtstrecken. In diesen Polykliniken werden in Anlehnung an die Polykliniken der DDR Patienten ambulant behandelt. Für die stationäre Therapie stehen diese Einrichtungen nicht zur Verfügung.</p> <p>Allerdings kann ein Medizinisches Versorgungszentrum (ähnlicher Begriff wie Polyklinik - im Unterschied zu Polykliniken der DDR sind Medizinische Versorgungszentren Gesellschaften bürgerlichen Rechtes) auch von einem Krankenhaus gegründet werden. Dadurch wird die Verzahnung von stationärer und ambulanter medizinischer Versorgung weiter verbessert.</p> <p>Der Vorteil für die Patienten liegt vor allem in einer umfassenden, koordinierten Diagnostik: Durch eine optimierte Zusammenarbeit innerhalb des MVZ und einer koordinierten Zusammenarbeit des Klinikums lassen sich auch hier Doppeluntersuchungen bei Patientinnen und Patienten überwiegend vermeiden. Dadurch wird eine wirtschaftliche Versorgung ermöglicht und die Patientin und der Patient geschont. Zudem können medizinische Großgeräte in den Krankenhäusern, deren Anschaffung sich in Praxen kaum rentiert, von den Abteilungen des MVZ mit genutzt werden.</p> <p>Diese Entwicklung wird seit der Einführung im Jahre 2000 und verstärkt seit 2004 im Rahmen des GKV-Modernisierungsgesetzes von fast allen Klinken in Kassel aufgegriffen.</p>
54.	Wirtschaft	Gewerbeansiedlung Ansiedlung neuer Produktionsbetriebe fördern z. B.	WFG/ -205 -		Die Stadt Kassel ist an Gesetze und Verordnungen gebunden; eine Entlassung/Reduzierung der Gewerbesteuer für einzelne Betriebe ist nicht möglich. Aus Gleichbe-

		durch Reduzierung steuerliche Belastungen ggf. auf Zeit, vereinfachte Umweltauflagen, Energien aus Eigenbetrieben wie Strom und Fernwärme zu Selbstkosten zur Verfügung stellen.			handlungsgründen können auch Energie- bzw. Wasser- und Abwasserkosten etc. nicht für einen bestimmten Betrieb vergünstigt angeboten werden. Grundsätzlich gilt Wettbewerb. Die Ansiedlung von Produktionsbetrieben scheitert vielmehr an Rahmenbedingungen wie z. B. das Fördergefälle zu den neuen Bundesländern.
55.	Wirtschaft	<u>Gewerbeflächen</u> Bessere Nutzung des Gewerbegebiets Bettenhausen	- 23 -		In dem von -63- federführend erarbeiteten Entwurf Entwicklungsprogramm Gewerbeflächen Stadt Kassel wurde auch der Standort Bahnhof Bettenhausen sowie eine mögliche Revitalisierung der Industriedenkmale Salzmannfabrik, Messinghof, Haferkakaofabrik einbezogen.
56.	Wirtschaft	Kein Gewerbegebiet Heiligenrode/Kaufungen	WFG/-205-		Die Stadt Kassel kann nur über den Zweckverband Region Kassel (ZRK) Einfluss nehmen. In jedem Fall sollten die Planungsschritte mit den Planungen für die A44 (Vorrang) abgestimmt werden.
57.	Wirtschaft	<u>Flughafen</u> Keine Nachtflüge in Kassel-Calden	-205-		Das Regierungspräsidium Kassel hat für den heutigen Verkehrslandeplatz in der Betriebsgenehmigung bis zu vier Nachtflüge für Post-, Kurier- und Expressdienste sowie VIP und Ambulanzflüge genehmigt. Für den ausgebauten Flughafen ist eine vergleichbare Regelung beantragt.
58.	Wirtschaft	Verzicht auf den Neubau des Flughafens. Regionalflughafen gehört nicht zur kommunalen Daseinsvor-	- 205 -		Die Stadt Kassel hat sich rechtsverbindlich verpflichtet, 18 Mio. € für den Flughafenausbau bereit zu stellen. Daher besteht ein rechtlicher Anspruch der anderen Gesellschafter auf Erfüllung dieser Verpflichtung.

		sorge. Durch Verzicht Einsparung von 18 Mio. € Baukosten. Flughafen-Neubau ist eine freiwillige Leistung Streichung der Mittel für den Flughafenausbau			
59.	Wirtschaft	Verzicht auf den Ausbau des Städtischen Klinikums			Das Projekt wird zur Zeit im Aufsichtsrat der Gesundheit Nordhessen Holding AG erörtert.
60.	Wirtschaft	<u>Gutachten</u> Die Stadtverordneten sollen ein zusammenführendes Gutachten in Auftrag geben, das die regionalpolitischen Auswirkungen des Flughafenbaus in Calden im Vergleich zu anderen für die Struktur der Region bedeutsamen Infrastrukturinvestitionen bewertet	- 20 -	Die Kosten für das Gutachten (100.000 € sollen aus dem Haushaltstitel Flughafen Kassel-Calden gedeckt werden. Die restlichen Kosten von 4,3 Millionen sollen gesperrt werden, bis die Ergebnisse vorliegen und die Stadtverordnetenversammlung politische Schlussfolgerungen daraus gezogen hat.	Der Antrag in der ausführlichen Originalfassung ist als Anlage beigefügt.
61.	Energie	<u>Atomenergie</u> Kein Atomstrom in Kassel, Ausbau der eigenen Stromerzeugung. Städtische Werke sollen beauftragt werden, den Anteil von Atomstrom um mind. 1% zu senken.	St. Werke/ - 205 -		Die Städtischen Werke haben kontinuierlich die Eigenenerzeugung ausgebaut und tun dies weiter: 1996~ 25 % Eigenerzeugung, 2006 ~50 % und 2008 ~60 % + Photovoltaik
62.	Energie	<u>Blockheizwerke</u> An allen Verbraucherschwerpunkten insbesondere Verwaltungsgebäuden, Industrie, Gewerbe und	KVV/ - 205 -		Die Städtischen Werke bauen weiterhin die Fernwärme in Kassel aus, Fernwärme ist wirtschaftlicher und ökologisch sinnvoller als Blockheizkraftwerke.

		Krankenhäuser sollen gasbetriebene Blockheizwerke eingebaut werden, im Contracting-Verfahren			
63.	Energie	<u>Solarenergie</u> - Neu- und Umbau von Gebäuden soll nur genehmigt werden, wenn Sonnenkollektoren montiert werden.	- 63 -		Hierzu gibt es umfangreiche Fördermittel des Bundes aus dem Energieeinsparungsgesetz (EEG) und aus Darlehen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), ansonsten vom Land Hessen.
		- Förderung des Einbaus von Solarzellen und der Solartechnik	KVV/ - 205 -		
64.	Energie	<u>Energie sparen</u> Einsatz von Energiesparlampen (Bürgersaal).	- 65 -		Die Beleuchtungstechnik im Bürgersaal, die auch für Veranstaltungen mit Beamer-Präsentation ausgerichtet ist, ist dimmbar. Energiesparbirnen für diese Beleuchtungsanlage sind nicht dimmbar. Im Rahmen der Energieverbrauchsoptimierung wurden bereits vor längerer Zeit die Glühbirnen von 40 Watt auf 25 Watt reduziert.
65.	Energie	Optimierung, Regeleinstellungen und Reinigungen an Heizungsanlagen	- 65 -		Heizungsanlagen werden über Wartungsverträge gereinigt. Bei Erneuerungen oder größeren Reparaturen wird alte Regelungstechnik gegen neue, dem Stand der Technik entsprechende Anlagen ausgetauscht.
66.	Energie	<u>Städtische Werke</u> Rückkauf der Anteile (24,9%) der Städtischen Werke durch die Stadt von Vattenfall Europe	- 205 -		Die Stadtverordneten haben für diesen Themenkomplex bereits eine Arbeitsgruppe installiert.
67.	Energie	Energie sparen in Schulen (hier: Offene Schule Waldau)			Mit der Schulleitung wurde das weitere Verfahren bereits abgestimmt. Die Schule will in Kürze verabredungsgemäß einen neuen Vertragsentwurf übermitteln.
68.	Soziales	Mehr tun für die notleidenden Männer, Frauen, Kinder und Jugendlichen	- 50 -		Leistungen werden im erforderlichen Umfang im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben für die Zielgruppen umgesetzt. Die Unwidmung von Haushaltsmitteln ist politisch zu entscheiden.
69.	Soziales	Zukunft LWV	- 50 -		Die Stadt Kassel setzt sich nachhaltig für den Erhalt des LWV ein.

70.	Soziales	Einrichtung weiterer Fonds für Kinder, Jugend, Familie, Soziales , ähnlich wie bei der Existenzgründung aus der Sozialhilfe	- 50 -		Die erforderlichen Leistungen werden im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben durch die Fachämter erbracht. Durch das Projekt ProGES werden bei der AFK Existenzgründungen erwerbsfähiger Hilfebedürftiger gefördert.
71.	Sport	<u>Bau einer Sporthalle am Wilhelmsgymnasium</u> Es wurde vorgeschlagen, an der geplanten Maßnahme festzuhalten. Die Notwendigkeit des Baus wurde begründet mit dem Ausfall der Hälfte der Sportstunden und den unzumutbaren Zuständen beim Sportunterricht (ca. 30 Schüler auf 100m²). Der Bau sei nicht nur für das Wilhelmsgymnasium notwendig, auch andere Schulen (Schule am Heideweg, Heinrich-Schütz-Schule Reformschule) und Sportvereine seien auf den Bau der Sporthalle angewiesen.	- 52 -/ 40 -		Sportamt und Schulverwaltungsamt haben nach einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im November 2005 den Bedarf an überdachten Sportstätten ermittelt. Für den seit über 20 Jahren unstreitig bestehenden Bedarf im Einzugsbereich Bad Wilhelmshöhe/West kommt als notwendiger Standort das Wilhelmsgymnasium in Betracht. Neben der dringenden Abdeckung des Sportschulunterrichts für ca. 2500 Schülerinnen und Schüler, insbesondere am Wilhelmsgymnasium, Heinrich-Schütz-Schule und der Schule Am Heideweg, ist der Bau einer Drei-Felder-Halle für sieben Kasseler Sportvereine unverzichtbar und unaufschiebbar. Der Magistrat hat diese Stellungnahme bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs berücksichtigt und die erforderlichen Mittel eingeplant.
72.	Sport	<u>Auestadion</u>	- 52 -	Streckung des Bauvorhabens Auestadion	Die ursprünglich im Investitionsprogramm auf die Jahre 2007 - 2010 gestreckten Mittel für den anstehenden 2. Bauabschnitt für den Ausbau des Auestadions wurden auf die Haushaltsjahre 2007 und 2008 komprimiert, um den Endausbau im Hinblick auf die Nutzung und Sicherstellung der Verkehrssicherungspflicht schnellstmöglich zu gewährleisten.

73.	Sport	<u>Buchenaukampfbahn</u> Für Vereine und Schulsport ist der Bau einer Kunststofflaufbahn auf der Buchenau-Kampfbahn erforderlich	- 52 -		In Kassel gibt es bisher nur eine Kunststofflaufbahn im Auestadion. Aufgrund des bestehenden Bedarfs für eine weitere 400-m-Kunststofflaufbahn wurden die Mittel in den Haushalt 2007 aufgenommen.
74.	Sport	<u>Sportförderung</u> - Bessere Förderung der Sportvereine, da diese durch Erreichung höhere Sportklassen zum Wirtschaftsstandort werden (z. B. KS Huskies) - Förderung der kleineren Vereine insbesondere der ACT aufgrund ihrer guten Integrationsarbeit. Ein Mannschaftsbus ist erforderlich, um in höheren Klassen zu spielen (ca. 30.000 €)	- 52 -	Verzicht auf den Bau der Multifunktionshalle. Eine Multifunktionshalle ist entbehrlich, da sie jährlich einen Zuschussbedarf von 2 – 3 Millionen in Anspruch nehmen wird. In Kassel gibt es nur eine Sportsparte, die diese nutzen würde (abgesehen von Melsungen). Weshalb sind bereits im Jahr 2007 Infrastrukturmaßnahmen v. 4,5 Millionen vorgesehen? Profisport gehört nicht zur kommunalen Daseinsvorsorge	Die Möglichkeiten der Förderung der Kasseler Amateursportvereine durch die Stadt sind in den Richtlinien der Stadt Kassel zur Förderung des Sports aufgezeigt. Eine Förderung des Profisports ist ausgeschlossen. Die Gewährung einer städtischen Zuwendung zur Anschaffung eines Mannschaftsbusses ist nach den Richtlinien der Stadt Kassel zur Förderung des Sports nicht möglich. In Ausnahmefällen kann jedoch bei einer vorausgegangen Landeszuwendung aus dem Förderungsprogramm „Sportförderung in besonderen Fällen“ auch eine städtische Zuwendung zur Weiterführung der Vereinsarbeit gewährt werden. Im Übrigen Antwort zu Ziff. 44
75.	Sonstiges	<u>Briefmarkenautomaten</u> Briefmarkenautomaten in Läden neben Bankautomaten			Der Vorschlag wird zuständigkeitshalber an die Deutsche Post AG weitergeleitet.
76.	Sonstiges	<u>Verwaltung</u> <u>Wahlunterlagen</u> - Die Wahlzettel, besonders bei der Kommunalwahl, sollen verständlicher und kürzer ausgestaltet werden.	- 105 -		Die Form und der Inhalt der Stimmzettel, sowie die im Kopf eingedruckten Hinweise sind Vorgaben des Hess. Kommunalwahlgesetzes und der Hess. Kommunalwahlordnung. Die Kommunen sind nicht befugt, hier eigenständig Veränderungen vorzunehmen.

				<p>Familienangehörigen könnten die Wahlunterlagen in einem Umschlag erhalten. Das spart Portokosten.</p>	<p>Entspricht ebenfalls nicht den Vorschriften der vorgenannten gesetzlichen Grundlagen. Mit den Unterlagen wird zugleich die Wahlbenachrichtigungskarte übersandt und die muss jedem Wahlberechtigten einzeln zugestellt werden.</p> <p>Im übrigen wäre die Kostenersparnis kaum messbar, denn die Wahlbenachrichtigungen müssten gesondert versandt werden, in einem weiteren Arbeitsschritt müssten die weiteren Familienmitglieder herausgefiltert werden, was weitere Kosten zu Folge hat. Letztlich ist es auch praktisch nicht durchführbar, weil in der Einwohner-Datenbank die Familienzugehörigkeit nicht hinterlegt ist. Wenn z.B. in einem Mehrfamilienhaus zwei Familien Siebert wohnen, ist es nicht möglich, die einzelnen Familienmitglieder richtig zuzuordnen.</p> <p>Bei der Stadtverwaltung ist bereits ein Ideenmanagement eingerichtet. Im Jahre 2005 wurden 3.540 € an Prämien ausgezahlt.</p>
77.	Sonstiges	<p><u>Kundenorientierter Schriftverkehr</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Unnötigen Schriftwechsel vermeiden - Formulare verständlich gestalten - Bescheide verständlich formulieren 	- 11 -		<p>Die Verbesserung des städtischen Schriftverkehrs ist ein permanenter Prozess. Die Internetpräsenz wird von allen Ämtern stetig überprüft. Eine stadtinterne Abstimmungsrunde mit der Vorstellung eines neuen Datenverarbeitungswerkzeuges findet am 19.10.06 statt.</p>
78.	Sonstiges	<p><u>Reduzierung der Schulden</u></p> <p>Besserer und öffentlich zu machender Erfahrungsaustausch mit anderen Städten/Region (z. B. best practice und worst practice) z. B. mit Offenbach</p>	- 201-		<p>In vielen Bereichen (z. B. Jugendamt, Sozialamt) nimmt die Stadt an interkommunalen Vergleichsringen teil, um das Leistungsspektrum und den Aufwand zu optimieren. Darüber hinaus hat eine 2004 abgeschlossenen Untersuchung des Landesrechnungshofs die kreisfreien Städte Hessens nahezu flächendeckend über das gesamte Leistungsspektrum der Verwaltung verglichen. Diese auch in der Presse vorgestellte Untersuchung hat gezeigt, dass die Stadt Kassel in nahezu allen verglichenen Bereichen</p>

					allein oder gemeinsam mit Offenbach am besten abgeschnitten hat.
79.	Sonstiges	Personal Mitarbeiter entwickeln	- 11 -		
80.	Sonstiges	Monatliche Einkommen aller Bediensteten der Stadtverwaltung und der städtischen Betriebe bei 6.000,00 € deckeln und neue Arbeitsplätze schaffen.	- 11 -		Die Bezahlung des städtischen Personals erfolgt nach einschlägigen tarifvertraglichen und besoldungsrechtlichen Bestimmungen. Ein Gestaltungsspielraum für die Stadt Kassel besteht nicht.
81.	Sonstiges	<u>Regionalkreis Kassel</u>	- 20 -		Es finden bereits laufende Gespräche zwischen dem Landkreis und der Stadt Kassel über die Zusammenarbeit statt. Der politische Prozess ist noch nicht abgeschlossen.
82.	Sonstiges	- keine Etat-Panikkäufe zum Jahresende			Um die sogenannten "Dezemberfieberkäufe" zu vermeiden, werden bereits seit vielen Jahren im Rahmen des rechtlich Zulässigen entsprechende Haushaltsmittel von einem in das andere Jahr übertragen. Ein unbegründetes Ansteigen von Ausgaben zum Jahresende wird dadurch vermieden.
83.	Sonstiges	- Einrichtung eines Marktes am Königsplatz	- 32 -		Ab Januar 1995 gab es einen Markt auf den Königsplatz, der aber schnell von ca. 50 auf 15 Ständen schrumpfte, weil durch die nahe Markthalle im Marstallgebäude die Kundenzahl zu gering war. Der Markt wurde wegen seiner Inselsituation auf dem weitläufigen Platz und der dadurch gegebenen Rückfronten ständig kritisiert. In 2000 sah das von der Königsplatzkommission beschlossene Konzept für die Neugestaltung des Platzes keinen Markt mehr vor. Er wurde schließlich auf den Operplatz verlagert, wo er aber sofort wieder mit Kritik

					überhäuft wurde, weil eine befriedigende Gestaltung nicht erreicht werden konnte. Die Diskussion über die Zukunft des Marktes auf dem Opernplatz ist noch nicht beendet. Ein Wochenmarkt auf dem Königsplatz kommt nicht in Betracht.
--	--	--	--	--	--

Anlage:

Originalfassung des Antrages zu lfd. Nr. 60

**Horst Peter
Krähbahnstr. 9 b
34131 Kassel**

"Ich beantrage, dass die Stadtverordnetenversammlung ein zusammenführendes Gutachten in Auftrag gibt, das die regionalpolitischen Auswirkungen des Flughafenbaus Kassel-Calden im Vergleich zu anderen für die Struktur der Region bedeutsamen Infrastrukturinvestitionen bewertet. Dafür sind 100.000 Euro in den Haushaltstitel Flughafen Kassel-Calden einzustellen. Die verbleibenden 4,3 Millionen Euro werden gesperrt, bis die Ergebnisse des Gutachtens vorliegen und die Stadtverordnetenversammlung daraus politische Schlussfolgerungen gezogen hat.

Der Auftrag muss unter der Einbeziehung der prioritären Ziele der Regionalpolitik, insbesondere des obersten Ziels der Nachhaltigkeit, untersuchen, ob ein positives Wettbewerbsprofil der Region den Neubau eines Flughafens erforderlich macht oder ein modernisierter Verkehrslandeplatz in Kooperation mit anderen Flughäfen ausreicht, den erforderlichen Flugbedarf der Region zu decken. Der Auftrag muss in die Untersuchung auch die über den Prognosezeitraum bis 2015 hinausreichenden Studien und Erkenntnisse

- zur Bevölkerungsentwicklung
- zur Einkommensentwicklung in der Region
- zur Wirkung der Weltklimaabkommen auf die CO₂-Belastung, Energiereserven und Energiepreise
- zu den Auswirkungen auf die Haushalte der am Flughafen beteiligten Gemeinden Calden und Kassel und des Landkreises Kassel

zur Abgleichung der strukturpolitischen Kosten und des strukturpolitischen Nutzens einbeziehen.

Darüber hinaus muss der Auftrag verlangen, dass die unterschiedlichen Bewertungen des strukturpolitischen Nutzens von Regionalflughäfen wie durch Boston-Consulting, Booz-Allen-Hamilton, Deutsche Bank Research, Prof. Klophaus auf das Gutachten des Vorhabenträgers zu den strukturpolitischen Effekten des Flughafenbaus Kassel-Calden bezogen werden.

Dasselbe gilt für einen bewertenden Vergleich der Methode des Gutachtens der Flughafengesellschaft zur Ermittlung der strukturellen Arbeitsmarkteffekte mit den Methoden der öffentlichen Hände (Land, Bund, EU) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.

Zu klären ist in dem Auftrag, ob der enge Bezug des Flughafenbaus Kassel-Calden auf den Regionsbegriff des Landesentwicklungsplans Hessen zur Ermittlung des strukturpolitisch begründeten Bedarfs genügt oder ob der weiter gefasste Begriff der Region durch die EU heranzuziehen ist.

Der Auftrag sollte an eine Hochschule vergeben werden und die Beteiligung von Institutionen, Instituten oder Einzelpersonen ausschließen, die bisher schon in die Begutachtung einbezogen waren."

b.w.

Thesen zur Begründung des Antrags

1. Für die Klärung der schwierigen Frage, ob neben der Feststellung des verkehrspolitischen Bedarfs, der nach dem Luftverkehrsgesetz für den Bau von Flughäfen erforderlich ist, auch der strukturpolitische Bedarf eine zweite Säule zur Begründung des Baus des Regionalflughafens Kassel-Calden darstellt, benötigt die Stadtverordnetenversammlung einen nicht von Interessen geleiteten Abwägungsrahmen.
2. Da bei der alleinigen Trägerschaft der Flughafengesellschaft Kassel durch die Gemeinden Kassel, Caldén und den Landkreis Kassel sowie das Land Hessen die meisten Argumente aus der Politik Interesse geleitet sind, ist die Erteilung des Auftrags für ein zusammenführendes Gutachten durch eine wissenschaftliche Hochschule für die Akzeptanz für einen möglichen Planfeststellungsbeschluss, aber auch für eine mögliche Ablehnung des Planfeststellungsantrages von großer Bedeutung.
3. Von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der Notwendigkeit einer Vorratsplanung im öffentlichen Interesse ist die Beantwortung der Frage, ob ein positives Wettbewerbsprofil der Region Nordhessen, Südostwestfalen, Südniedersachsen den Bau eines zusätzlichen Regionalflughafens erforderlich macht oder andere Lösungen denkbar sind, die dem Flugbedarf der Region gerecht werden.
4. Die Feststellung des öffentlichen Interesses am Flughafenbau muss diesen am obersten Entwicklungsziel, der Nachhaltigkeit, messen und eine belastbare Kosten-Nutzen-Analyse zur Beurteilungsbasis haben. Dafür ist die Anwendung der wissenschaftlichen Methoden unerlässlich, die den öffentlichen Händen als Entscheidungsgrundlage dienen.
5. Für regionale Entwicklungen, die durch Steuermittel gefördert werden, ist die Anwendung des erweiterten Regionsbegriffs der EU sinnvoll, um Verfahren wegen unzulässiger Subventionierung von Investitionsvorhaben zu vermeiden.
6. Bei Gemeinden und Kreisen, deren Haushalte wegen zu hoher Schulden der Finanzaufsicht des Regierungspräsidiums unterliegen, müssen auch die Belastungen aus wirtschaftlicher Betätigung wie etwa Beteiligungen an der Flughafengesellschaft Kassel in die Prüfung einbezogen werden.

